

ländische Markt mehr erschlossen werden. Die Bedenken gegen die Staffeltarife stützen sich wesentlich darauf, dass dieselben ebenso dem Auslande zu Gute kommen. Das ist zum Theil wenigstens nach Abschluss der Handelsverträge gewiss der Fall. Ich wäre aber dafür, dass wir in dieser Beziehung Vorkehrungen treffen. Russland gegenüber wäre das sehr wohl möglich, wenn festgesetzt würde, dass die Tarifvergünstigung dem Russischen Getreide nicht zu Gute kommen darf. Wir haben ein volles Recht, Russland differential zu behandeln. Anders steht die Sache Oesterreich gegenüber. Es ist viel gesprochen worden über die besondere Ungarische Eisenbahnpolitik. Aber nach dem, was wir darüber gehört, halte ich es für rathsam, dass wir die Entwicklung der Sache abwarten. Schliesslich könnte hier die Aufhebung des Identitätsnachweises gefordert werden, das wäre besser, als die Herabsetzung der Frachten es gewesen. Unserer Landwirthschaft wäre jedenfalls mit der Aufhebung des Identitätsnachweises mehr gedient, als mit dem heutigen Zustand. Die Lage in den östlichen Provinzen ist in der That sehr ernst. Die Regierung muss die dortigen Zustände genau im Auge behalten. Es muss etwas geschehen, um der Noth jener Provinzen abzuhelfen. (Beifall.) Ich bin daher dem Minister für sein bisheriges Verhalten dankbar und bitte ihn, jedenfalls die Staffeltarife nicht eher aufzuheben, als bis der Identitätsnachweis abgeschafft ist, sonst würde eine grosse Katastrophe für den Osten eintreten. (Beifall rechts.)

Abg. Simon (Waldenburg. nl.): Die innige Verschmelzung der Eisenbahnverwaltung mit der allgemeinen Finanzverwaltung hat, wie wir jetzt gesehen haben, zu schweren Bedenken geführt. Das Eisenbahngarantiesgesetz hat nicht verhindern können, dass wir in diese schlimme Lage kamen. Die dort gegebenen Garantien reichten aber nicht aus. Collegen Hammacher hat darauf schon vor Jahren aufmerksam gemacht, aber er predigte tauben Ohren. Heute sehen wir, wohin wir gerathen sind. Die Schuld trifft nicht die Regierung allein, sondern sämtliche Parteien des Hauses. Allerdings hätte der jetzige Finanzminister dem Drängen nach Erlass jenes Gesetzes mehr Widerstand entgegenzusetzen, als der frühere. (Sehr richtig! links.) Wie ist aber zu helfen? Eine vollständige Trennung der Eisenbahnverwaltung von der Finanzverwaltung würde ich nicht für gut halten. Es muss eine entsprechende Grenze gezogen werden. Man muss dabei von dem jetzigen Zustande ausgehen und sagen: Es dürfen nur 136 bis 140 Millionen Mark zur Amortisation der allgemeinen Staatsschuld verwendet werden. Bessern sich die Verhältnisse wieder, so könnte die Summe höher gesetzt werden. Auf diesem Wege würde man eher mit der Tarifreform vorgehen können. Es ist ganz richtig; dass die Staatsbahnen schon immer einer Tarifermässigung im Wege gestanden haben, so war es bereits 1874, wo eine Anzahl von Privatbahnen durch das Vorgehen der Staatsbahnen veranlasst wurden, um 20 % mit den Tarifen in die Höhe zu gehen. Der Finanzminister seinerseits muss auch die Ziehung einer Grenze für erwünscht halten. Ich hoffe, es wird uns schon im nächsten Jahre eine bezügliche Vorlage gemacht werden. Jedenfalls sollte man die Angelegenheit nicht auf die lange Bank schieben. Wenn ich nun auf den Etat selbst eingehe, so habe ich begründete Zweifel, dass die Einnahmen, wenigstens bezüglich der Gütertarife, erreicht werden. Man hätte bei Aufstellung des Etats auf die wirtschaftliche Lage mehr Rücksicht nehmen müssen. Wir stehen zweifellos vor einer Periode wirtschaftlichen Niederganges. Die Ausgaben scheinen mir daher vollständig der Wahrscheinlichkeit entsprechend aufgestellt zu sein. Wir haben seit Jahren keinen Etat gehabt, der ein so anschauliches Bild von dem Ausgabebedürfniss giebt, wie dieser. In der Commission sind der Eisenbahnverwaltung vor allem zwei Vorwürfe gemacht worden, der einer zu bürokratischen Gebahrung und dann, dass die Vorbildung der höheren Beamten nach technischer Richtung hin keine ausreichende sei. In ersterer Hinsicht wurde besonders auf das Wachsen des Schreibwerkes hingewiesen, für dieses Wachsen wurden aber seitens der Regierung Erklärungen abgegeben, bei denen sich die Commission befriedigen musste. Bezüglich der höheren Beamten war der Minister bisher auf die Assessoren aus der Justiz und der Verwaltung angewiesen. Es wäre hier doch zu erwägen, ob nicht eine besondere Eisenbahnkarriere zu schaffen sei, für die freilich eine gewisse wissenschaftliche Vorbildung gefordert werden müsste, zu der aber auch besonders qualifizierte Subalternbeamte zugelassen werden könnten. Die Staatsbahnverwaltung würde sonst auch bald einen Beamtenmangel zu beklagen haben. Zu erwägen wäre ferner, ob man in Zukunft nicht auch Privaten die Erlaubniss zum Bau von Secundär-Bahnen gestatten wolle. Jedenfalls sollte dies aber bei den Tertiärbahnen der Fall sein, über die uns demnächst ja ein Gesetz zugehen soll. Im Uebrigen können

wir mit Vertrauen auf die Verwaltung blicken und den Etat, wie er uns vorliegt, genehmigen. (Beifall.)

(Schluss des Blattes.)

— Hofnachrichten. Am heutigen Vormittag hatte der Kaiser zunächst erst eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten und dort eine kurze Promenade gemacht. Nach dem Schlosse zurückgekehrt, nahm derselbe Vorträge entgegen und arbeitete dann von 11 Uhr ab mit dem Chef des Militair-Cabinet's General v. Hanhke. Um 1 Uhr Nachmittags begab sich der Kaiser anlässlich des heutigen Vermählungstages der Erbprinzipal Sachsen-Meiningschen Herrschaften nach deren Villa im Thiergarten, stattete dem Erbprinzipal Paare einen Besuch ab und nahm darauf auch an der dort gleich nach 1 Uhr stattfindenden Familienfrühstückstafel theil. Am späteren Nachmittag wohnte der Kaiser mit den Kaiserlichen Prinzen und anderen Mitgliedern der Königlichen Familie und zahlreichen Fürstlichen und hochgestellten Persönlichkeiten der Extravorstellung im Circus Renz bei.

— Vom Oesterreichisch-Ungarischen General-Consulat in Berlin kommt uns nachstehende Mittheilung zu: Wir machen darauf aufmerksam, dass sich gegenwärtig in Berlin ein gewisser Herr Rudolf Klein befindet, welcher sich mittels vom General-Consulate in Palermo angebl. ausgestellter Documente als ermächtigt ausweist, zu Gunsten von verunglückten Oesterreichisch-Ungarischen Staatsangehörigen der Ortschaft Carini bei Palermo Geldsammlungen zu veranstalten. Auf eine an obiges General-Consulat gerichtete Anfrage über Rudolf Klein ist uns eine amtliche Depesche zugegangen, laut welcher Rudolf Klein dortorts eben so wenig bekannt ist als der Anlass zu ebenerwähnten Sammlungen.

— Der Privatdiscot, der sich lange auf 1/2 % gehalten hatte, ist in den letzten Tagen auf 1/4 % gestiegen; der Verkehr auf diesem Gebiete ist zwar nach wie vor still und das Angebot von Wechseln hat sich keineswegs merkbar gesteigert, allein das Geld fließt gegenwärtig der Reichsbank und der Seehandlung zu für die Abnahme der neuen Anleihen, die in den nächsten Tagen zu erfolgen hat. Der billige Geldstand und die geringe Geschäftslust der Börse werden es wohl mit sich bringen, dass sehr starke Beträge der neuen Anleihen schon am ersten Termin vollgezahlt und bezogen werden.

— Wie schon gestern, so wendete sich auch heute an der Börse das Hauptinteresse den Serbischen Fonds zu; man sah der heutigen Entwicklung des Geschäfts mit Spannung entgegen und scheint in der Provinz vielfach angenommen zu haben, dass die Course sich sehr niedrig stellen würden, denn es lagen Kaufaufträge in grosser Anzahl mit entsprechend ermässigten Limiten vor. Diese Erwartungen sind nicht in Erfüllung gegangen, vielmehr war die Haltung von Anfang an verhältnissmässig fest und alles Material wurde schnell zu Coursen aufgenommen, die nur um 3 bis 4 % hinter den zuletzt notirten zurückstehen. Die Umsätze waren sehr belebt und schliesslich blieb noch viel Nachfrage zu höheren Coursen bestehen, ein Zeichen dafür, dass die Capitalistenkreise die jetzigen niedrigen Notirungen gern zum Kaufen benutzen würden.

— An der Berliner Börse sind folgende fünf Gattungen Serbischer Staatspapiere notirt: 40 270 000 Fr. 5 % amortisable Rente von 1884, 40 000 000 „ 5 % amortisable Rente von 1885, 50 000 000 „ 5 % Staats-Eisenbahn-Hypothekar-Oblig. Lit. A, 30 000 000 „ 5 % Staats-Eisenbahn-Hypothekar-Oblig. Lit. B, 12 000 000 „ 5 % Staats-Bodencredit Gold-Pfandbriefe.

Der Dienst dieser Anleihen ist bei der Berliner Handels-Gesellschaft derart concentrirt, dass ihr die erforderlichen Rissen im Laufe des Semesters eingesandt und von ihr bei Fälligkeit an die Zahlstellen vertheilt werden. Die gleiche Einrichtung besteht für die in Berlin nicht emittirten

12 000 000 Fr. Serb. Staats-Eisenbahn-Hypothekar-Oblig. Lit. C, 3 000 000 „ Obrt-Anleihe, 7 750 000 „ Agrar-Anleihe, 6 000 000 „ Sülzschneide.

Zur Bestreitung der halbjährlichen Zinscoupons und der durch Tilgung rückzahlbaren Stücke ist für die gesammten vorerwähnten Anleihen ein Betrag von 7 400 000 Fr. pro Semester erforderlich. Für jedes Anleihen sind Special-Pfandsicherheiten bestellt und fliessen die hieraus sich ergebenden Einnahmen den Special-Kassen zu, welche für jedes einzelne Anleihen getrennt geführt werden und unter Aufsicht des seitens der Emissionsfirmen bestellten Deutschen Delegirten stehen. Von diesem werden mehrmalig während jeden Monats die Eingänge der

verschiedenen Kassen zur Gutschrift auf Rechnung des betreffenden nächstfälligen Coupons an die Central-Abrechnungsstelle nach Berlin remittirt.

Wir berichten nachstehend, wie dieser Dienst sich in seinen Einzelheiten im abgelaufenen Semester gestaltet hat:

1) Staatsrente vom Jahre 1884 (Stempelrente). Für Zinsen und Amortisation waren per 1./13. Januar 1892 erforderlich 1 036 725 Fr. Dieser Betrag wurde wie folgt remittirt:

1891.		Fr. 1 036 725	
Jul 25.	Fr.	20 000	Cheque Paris Serb. Fin. Min.
"	"	27.	20 000
Aug. 1.	"	600	direct l. Belgrae. eingel. Coup.
"	"	13.	20 000
"	"	17.	80 000
"	"	14.	20 000
"	"	18.	120 000
"	"	27.	40 000
"	"	31.	50 000
Septb. 22.	"	123 000	Vergütung Serb. Nationalbank
Octbr. 13.	"	40 000	Cheque Paris Serb. Fin. Min.
"	"	23.	62 475
"	"	26.	50 000
"	"	29.	100 000
Novbr. 9.	"	30 000	Cheque Paris Serb. Fin. Min.
"	"	12.	45 000
"	"	27.	120 000
Decbr. 17.	"	95 650	Vergütung Brüder Andreewits i. Belgrad

Das Anleihen ist sichergestellt durch die Einnahmen aus den Stempelgefallen und durch die Getränksteuer.

2) Staatsrente vom Jahre 1885. (Tabakrente.) Für Zinsen und Amortisation per 1./13. Novbr. 1891 erforderlich Fr. 1 097 537. 50.

Es wurden remittirt:

1891		Fr. 1 097 537. 50.	
Jul 14.	Fr.	150 000.	— durch Serb. Nationalbank.
"	"	17.	70 000.
"	"	18.	30 000.
August 4.	"	160 000.	— " " "
"	"	6.	60 000.
"	"	6.	12 50
"	"	29.	100 000.
Septbr. 21.	"	10 000.	— " "
"	"	26.	20 000.
Octbr. 3.	"	200 000.	— " "
"	"	5.	100 000.
"	"	6.	150 000.
"	"	23.	57 525.

Fr. 1 097 537. 50.

3) Eisenbahn-Hypothekar-Oblig. Lit. A. B. u. C. Für Zinsen und Amortisation per 1./13. Januar 1892 erforderlich Fr. 3 641 500.

Es wurden remittirt:

1891.		Fr. 3 641 500.	
Jul 18.	Fr.	2 425.	— direct eingelöst,
"	"	30.	20 000.
August 1.	"	20 000.	— " "
"	"	3.	40 000.
"	"	7.	20 000.
"	"	10.	40 000.
"	"	24.	80 000.
"	"	29.	40 000.
"	"	31.	20 000.
Septbr. 1.	"	50 000.	— " "
"	"	1.	6 400.
"	"	5.	40 000.
"	"	8.	30 000.
"	"	11.	40 000.
"	"	21.	130 000.
"	"	28.	20 000.
October 3.	"	40 000.	— " "
"	"	3.	60 000.
"	"	10.	262 50
"	"	12.	100 000.
"	"	20.	40 000.
"	"	27.	40 000.
"	"	28.	200 000.
Novbr. 5.	"	200 000.	— " "
"	"	17.	55 000.
"	"	19.	40 000.
"	"	21.	80 000.
"	"	21.	220 000.
"	"	25.	120 000.
"	"	27.	100 000.
"	"	30.	20 000.
"	"	30.	120 000.
Decbr. 7.	"	150 000.	— " "
"	"	8.	125 850.
"	"	11.	30 000.